



Interviews

Datum: 17. Juli 2023

Anna Cavazzini (Bündnis 90/Die Grünen), Handels- und Lateinamerika-Expertin im Europaparlament, im Gespräch mit Bettina Klein

Bettina Klein: Anna Cavazzini ist jetzt am Telefon, Abgeordnete der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament. Sie ist Vorsitzende des Binnenmarktausschusses und im Parlament Vizepräsidentin der Brasilien-Delegation. – Schönen guten Morgen, Frau Cavazzini.

Anna Cavazzini: Guten Morgen, Frau Klein.

Klein: Beginnen wir vielleicht mit den Handelsfragen. Das Mercosur-Abkommen liegt seit vier Jahren da, ist bisher nicht ratifiziert. Wann kommt es denn?

Cavazzini: Das Europäische Parlament hatte richtigerweise vor mehr als zwei Jahren das EU-Mercosur-Abkommen gestoppt. Bolsonaro war an der Macht in Brasilien und die Abholzungsraten im Amazonas haben Rekordhöhen erreicht, und das Abkommen trägt ja mit seiner Steigerung der Agro-Exporte aus Brasilien dazu bei, dass der Druck auf den Amazonas erhöht wird. Ich finde es richtig, dass das Abkommen auf Eis lag.

Jetzt ist es so, dass die Verhandlungen wieder an Fahrt aufgenommen haben. Die Kommission hatte einen Vorschlag gemacht, wie man noch mehr Nachhaltigkeit in dem Abkommen verankern kann, auch auf Druck vom Europäischen Parlament, auch von der Zivilgesellschaft, von uns Grünen, und jetzt wartet die Europäische Union quasi auf die Antwort der vier Mercosur-Staaten. Wir vermuten, dass auch dort noch weitere Forderungen erhoben werden, zum Beispiel im Bereich der Beschaffung.

Klein: Aber Brasilien, hören wir, lehnt diese Forderungen der EU jetzt schon mal ab, spricht von Bevormundung, wenn es um Umweltstandards geht. Sollte die EU da hart bleiben?

Cavazzini: Ja. Meiner Meinung nach sollte die Europäische Union auf jeden Fall hart bleiben. Erstens ist es nicht gesichert, dass Lula ewig an der Macht bleiben wird. Bolsonaro kann zwar nicht mehr antreten, aber die Gesellschaft in Brasilien ist sehr gespalten, und wir haben gesehen, was ein rechter Präsident dort für einen Schaden anrichten kann. Auch um eine Lebensversicherung für die Zukunft zu haben, für dieses wichtige Biodiversitätsreservat des Amazonas, brauchen wir mehr Nachhaltigkeit in diesem Abkommen. Außerdem sehen

wir, dass Lula selbst gerade massiv unter Druck ist. Die Parlamentsmehrheit hat er nicht. Der Kongress ist weiterhin dominiert vom großen Agro-Business und bringt gerade unglaublich viele Gesetze auf den Weg, die zum Beispiel das Abholzen in indigenen Gebieten oder die illegalen Goldminen weiter verstärken wollen. Das heißt, einfach nur, dass Lula an der Macht ist, heißt nicht, dass man jetzt auf Nachhaltigkeit verzichten darf, und meiner Meinung nach ist es auch so, dass Lula diese Forderungen aus strategischen Gründen stellt, weil er in anderen Bereichen, Industrie, Beschaffung, mehr erreichen will und deswegen erst mal sagt, nicht mehr Nachhaltigkeit. Am Ende wird man aber ein Paket schnüren, glaube ich.

Klein: An welchen Stellen sehen Sie Möglichkeiten für Kompromisse, wenn Sie sagen, Lula setzt das eigentlich als eine Art Druckmittel ein?

Cavazzini: Ich glaube, Lula hat selber verstanden, wie wichtig es ist, die Wälder des Amazonas, aber auch andere Wälder in Brasilien zu schützen, dass es nicht nur ein vorgeschobenes Interesse der Europäischen Union ist, sondern eine internationale Verpflichtung, die mit den Pariser Klimazielen, mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO einhergeht. Es ist nicht nur ein EU-Interesse, es ist auch ein internationales Interesse der Staatengemeinschaft, und deswegen glaube ich, dass Lula in bestimmten Bereichen – zum Beispiel werden jetzt sehr stark die Beschaffungsmärkte geöffnet – erreichen will, dass weiterhin brasilianische Firmen den ersten Zugang haben, weil er noch einem Land gegenübersteht mit sehr viel Armut, mit einer nicht so starken Entwicklung, und fürchtet, dass sehr, sehr viele europäische Unternehmen da den Vorteil erhaschen möchten. Deswegen macht er diese Verhandlungsvorschläge.

Klein: Das ist die Position von Brasilien. Meine Frage war, an welcher Stelle sollte die EU nachgeben und Kompromisse anbieten?

Cavazzini: Wir müssen erst mal schauen, was die Mercosur-Staaten jetzt genau fordern. Wir erwarten, dass jede Minute, jeden Tag das Counter Offer kommt. Meiner Meinung nach muss die Europäische Union in vielen Bereichen ein bisschen nachgeben. Wir wollen in der Tat mehr Waldschutz, mehr Nachhaltigkeit, und das ist auch nicht nur Deutschland, das sind auch nicht nur die Grünen, das ist auch Frankreich, das ist Österreich, das sind sehr, sehr viele Staaten in der Europäischen Union, die große Bauchschmerzen mit dem Abkommen haben. Das heißt, wir brauchen, um es in der Europäischen Union über die Bühne zu heben, mehr Nachhaltigkeit, mehr Waldschutz, und deswegen müssen wir aber auch als Europäische Union ein bisschen flexibel sein, wenn es darum geht, was wollen die Mercosur-Staaten. Ich finde, das gehört auch dazu, wenn man sagt, man verhandelt auf Augenhöhe, man betrachtet Lateinamerika jetzt nicht nur irgendwie als einen Hinterhof oder als einen nicht so

wichtigen Kontinent, sondern auf Augenhöhe heißt auch, dass man deren Wünsche und Sorgen ernst nimmt, zum Beispiel mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Klein: Auch Organisationen wie Brot für die Welt beispielsweise fordern mehr Nachhaltigkeit, sehen das kritisch. Aber Sie haben es gerade auch angedeutet: Es gibt auch einen Grund dafür, weshalb Staaten der Europäischen Union das bisher nicht ratifiziert haben. Zum Beispiel aus Österreich oder auch aus Frankreich gibt es starke Bedenken und da hat man Angst um die eigene Handelssituation und will die eigene Landwirtschaft schützen und dergleichen. Ist das nicht wirklich auch so verhärtet und verhakt, von es von so vielen Seiten Widerstand gibt? Sollte man sich da jetzt weiter verkämpfen?

Cavazzini: Meiner Meinung nach sind die Beziehungen mit den lateinamerikanischen Staaten, mit den Mercosur-Staaten unglaublich stark. Es gibt sehr, sehr viel Handel. Wir sehen, dass jetzt nicht die Welt zusammenbrechen würde, wenn wir jetzt das Abkommen nicht hätten. Die Europäische Union ist der größte Direktinvestor in der Region auch ohne ein Handelsabkommen. Das muss man klar sagen. Wir haben immer noch die Welthandelsorganisation und auf Grundlage deren Regeln handeln wir gerade.

Unsere Meinung ist, wir müssen ohnehin, um solche Probleme in der Zukunft zu verhindern, Handelsabkommen anders aufsetzen. Wir müssen von vornherein, wenn wir mit anderen Staaten neue Abkommen verhandeln, klar die politischen Ziele der Europäischen Union wie Menschenrechte, wie Nachhaltigkeit, aber auch die Frage, wie können wir die wirtschaftliche Entwicklung unserer Partnerländer fördern, stärker in Abkommen verankern. Das Mercosur-Abkommen ist ein Abkommen ganz alter Schule. Das ist 20 Jahre alt und eigentlich nicht mehr den neuen Standards gerecht.

Klein: Gleichzeitig versucht die Europäische Union in Lateinamerika, ich sage mal salopp, einen Fuß in die Tür zu bekommen, weil man sieht, dass etwa China sich da sehr, sehr stark engagiert und weitaus weniger Auflagen fordert, was den Umweltschutz angeht, was Menschenrechte angeht - das haben wir in anderen Kontinenten ja auch – und es deswegen für diese Staaten mitunter einfacher ist, Handelsbeziehungen mit solchen Regimen abzuschließen. Das heißt, wie sehen Sie das Dilemma, in dem die Europäische Union im Augenblick steckt, wenn Sie gleichzeitig sagen, wir sollten auf unseren Forderungen in dieser Hinsicht beharren?

Cavazzini: Ich glaube, da geht es nicht nur um ein Handelsabkommen - aktuell hat China auch mit den Staaten kein Handelsabkommen -, sondern es geht um ein größeres Paket. China macht das auch so, dass sie sehr, sehr viel Geld in diese Staaten pumpen. Am Ende sind viele dieser Staaten dann verschuldet. Das ist in der mittelfristigen Perspektive auch gar

nicht so eine gute Idee. Ich glaube, wir müssen zeigen, dass wir als Europäische Union ein attraktiver Partner sind, dass man zum Beispiel sagt, ja, wir wollen in den nächsten Jahren mehr grünen Wasserstoff importieren aus der Region, aber wir helfen auch dabei, vor Ort Kapazitäten aufzubauen und dafür zu sorgen, dass die Menschen vor Ort profitieren. Ich sehe zum Beispiel in Brasilien ein riesengroßes Interesse an unserer Digitalpolitik. Wir haben in der Europäischen Union ein sehr starkes Gesetz zur Regulierung der großen Social Media Plattformen abgeschlossen und Brasilien will dieses Gesetz jetzt kopieren, weil sie sehen, sie haben auch einen total vergifteten Wahlkampf gemacht. Die Social Media Plattformen tragen dazu bei, dass die Gesellschaft sich weiter spaltet, und wir können als Europäische Union Brasilien da auch weiterhelfen und sagen, wir haben hier gerade ein Gesetz auf den Weg gebracht, wir können im Diskurs sehen, welche Sachen davon auch vielleicht für euch funktionieren. Ich glaube, dieses Gesamtpaket ist schon attraktiv für die lateinamerikanischen Staaten, und es sind demokratische Staaten, die unsere Werte teilen. China ist das nicht und ich glaube, das wird schon dort auch gesehen.

Klein: Demokratische Werte teilen, natürlich nicht alle in dem Maße in Lateinamerika. Das führt auch zu politischen Konflikten im Augenblick, wenn nicht alle Staaten sich da klar positionieren, was den russischen Angriffskrieg zum Beispiel angeht.

Cavazzini: Das ist richtig. Ganz berühmt, aber das ist nur ein bisschen die Spitze des Eisberges, war ja Lulas Reise nach China und waren die Aussagen zum Krieg in der Ukraine, die sehr unsäglich sind. Man muss immer bedenken, Lateinamerika ist weiter weg von Europa, die sind nicht so nah dran an dem Konflikt. Die haben auch eine schwierige Geschichte mit dem „Westen“, wenn man sich anschaut, wie die Politik der USA in den 60ern und 70ern auf dem Kontinent war. Das ist jetzt alles ein bisschen lang her, aber ich glaube, alles spielt da rein, dass die eine schwierigere Position zum Ukraine-Krieg haben. Aber ich glaube, viele Gespräche, als wir mit dem Europäischen Parlament gerade da waren, haben noch mal gezeigt, dass es schon ein grundsätzliches Verständnis für die Haltung der Europäischen Union gibt. Man kann auch sehen, in der UNO-Generalversammlung hat zum Beispiel Brasilien auch die bestimmten Resolutionen unterstützt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.